

Gemeinde Bestwig

Beglaubigter Beschlussauszug

öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig vom 01.02.2012

- Top 5 Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2012**
- **Haushaltsplan (Rat, 14.12.2011, TOP 16, Verw.-Vorlage Nr. 071/2011; Haupt- und Finanzausschuss, 18.01.2012, TOP 4, Verw.-Vorlage Nr. 006/2012 u. Tischvorlage Nr. 009/2012)**
 - **Wirtschaftsplan der Bergbaumuseum Ramsbeck GmbH für das Wirtschaftsjahr 2012**
 - **Wirtschaftsplan des Abwasserwerks der Gemeinde Bestwig für das Wirtschaftsjahr 2012 (Betriebsausschuss für das Abwasserwerk, 29.11.2011, TOP 6; Rat, 14.12.2011, TOP 15, Verw.-Vorlage Nr. 054/2011)**
 - **Wirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2012 (Haupt- und Finanzausschuss, 30.11.2011, TOP 4, Verw.-Vorlage Nr. 067/2011)**
- hier: Beschlussfassung**

Bürgermeister Ralf Péus verweist auf die Verw.-Vorlage Nr. 071/2011, Verw.-Vorlage Nr. 006/2012 sowie Tischvorlage Nr. 009/2012. Der Entwurf der Haushaltssatzung wurde am 14.12.2011 eingebracht und in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 18.01.2012 – nach Vorstellung in einer gemeinsamen Fraktionssitzung am 13.01.2012 – beraten. Zur heutigen Sitzung wurde die Tischvorlage Nr. 011/2011 verteilt, welche die Beratungsergebnisse der v.g. Haupt- und Finanzausschusssitzung am 18.01.2012 beinhaltet.

Sodann erteilt Bürgermeister Ralf Péus dem **Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Winfried Gerold**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

der Bürgermeister legte uns am 14. Dezember eine Haushaltsentwurf vor, der mit einem Defizit von 2 Mio. € einem die Lust an Kommunalpolitik fast vergehen ließ.

Die Umverteilung der Gemeindefinanzen durch das Land NRW geht weiter und die Gemeinde Bestwig bleibt, wie bereits im letzten Jahr, eine der großen Verliererinnen.

War im letzten Jahr der gesamte ländliche Raum betroffen, der zugunsten der größeren Städte 133 Mio. Euro weniger an Schlüsselzuweisungen erhielt, sind es in diesem Jahr weitere 100 Mio. €, die vom kreisangehörigen Raum in den kreisfreien Raum, also hin zu den großen Städten fließen.

Allein die Gemeinde Bestwig trägt von der Last fast 1 Mio. €, also 1 % der gesamten Verschiebemasse, obwohl die Bestwiger gerade mal 0,062 % der Landesbevölkerung ausmachen.

Die besondere Härte Bestwigs wurde sogar durch die Landesregierung erkannt und Bestwig erhält großzügigerweise eine so genannte einmalige „Abmilderungshilfe“ in Höhe von 142.000 €, von denen allerdings sofort fast 80.000 € als Kreisumlage wieder abgezogen werden. In der Summe bleibt nach den Einschnitten im letzten Jahr ein zusätzliches Minus von 1 Mio. €, auch in den Folgejahren.

Aber warum ist Bestwig in diesem Maß betroffen?

Zum einen ist es die weitere Erhöhung des Soziallastenansatzes auf 15,3 Punkte pro Bedarfsgemeinschaft, der in den letzten beiden Jahren damit vervierfacht wurde. Die erfolgreichen Bemühungen der Gemeinde, Empfänger von SGB II-Leistungen in Lohn und Brot zu vermitteln, werden nicht belohnt. Es wird für eine Kommune finanziell inzwischen fast schon attraktiv, den Anteil an SGB II Empfängern in der Einwohnerschaft möglichst hoch zu halten.

Ein weiterer Punkt sind die Veränderungen beim Schüleransatz.

Für die in unserer Gemeinde vorhandenen Halbtagschulen gilt seit diesem Jahr ein reduzierter Wert von 0,7 Punkten pro Schüler, für Ganztagschüler wird mit 3,33 Punkten fast der 5-fache Wert gerechnet. Diese Differenz ist rein sachlich in dieser Größenordnung kaum zu begründen, sondern wohl eher ideologisch. Es wird weiter umgeschichtet hin zu den größeren Städten mit Vollzeit-Ganztagschulen.

Ein großer Bestandteil der Schlüsselzuweisungen wird aus dem Hauptansatz gebildet, der von der Anzahl der Einwohner abhängig ist. Das ist grundsätzlich auch so in Ordnung. Warum dem Land jedoch der einzelne Bürger in Großstädten wie Dortmund oder Köln beispielsweise 57 % mehr als ein Bürger aus kleineren Kommunen wie Bestwig wert ist, hat selbst der Städte- und Gemeindebund NRW nicht verstanden.

Die Einführung des Flächenansatzes hat aufgrund der relativ kleinen Fläche der Gemeinde Bestwig nur sehr geringe positive Auswirkungen.

Unsere Gemeinde ist aufgrund der nicht sehr hohen Steuerkraft jedoch zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben dringend auf die Schlüsselzuweisungen angewiesen.

Die Frage nach einem Haushaltsausgleich hat sich durch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 damit beantwortet. Dieser ist unter diesen Rahmenbedingungen schlicht nicht möglich.

Das ist umso bedrückender, da derzeit trotz guter wirtschaftlicher Daten mit niedriger Arbeitslosigkeit keine Chance besteht, die Ausgleichsrücklage für schlechtere Zeiten wieder aufzufüllen.

Trotz eines Sparhaushaltes klafft im Ergebnisplan nach den Umschichtungen noch eine Lücke von 1,35 Mio. €.

Dieser Fehlbetrag wäre ohne die durch den Rat beschlossenen Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer sogar noch um 470.000 € höher ausgefallen. Durch die Steuererhöhungen können wir die Verluste allein bei den Schlüsselzuweisungen jedoch nicht einmal zur Hälfte ausgleichen.

Auch in der Finanzplanung der nächsten Jahre würde die Haushaltssituation hauptsächlich aufgrund der erwähnten Umverteilung bei den Schlüsselzuweisungen in einem Bereich bleiben, der den Fehlbetrag von 5% des Eigenkapitals deutlich überschreitet und uns in die Haushaltssicherung zwingen würde.

Daher halten wir es für richtig, im ersten Schritt alles daran zu setzen,

durch Aufschiebung von Ausgaben in Folgejahre dieses Szenario zu verhindern.

Der größte Anteil wird durch Verschiebungen von Straßensanierungsmaßnahmen ermöglicht.

Das durch den Rat beschlossene Sanierungskonzept mit den festgelegten Prioritäten soll damit aber nicht aufgehoben werden, sondern lediglich zeitlich gestreckt werden.

Durch die eingesparten Finanzierungskosten können die Ergebnispläne der Folgejahre nach heutigem Stand so gestaltet werden, dass der Gang in die Haushaltssicherung mit weiteren Kürzungen vermieden werden kann.

Es sind jedoch noch weitere Einsparungen erforderlich, von denen ich nur einige nennen möchte:

In den nächsten Jahren sollen die Personalaufwendungen auch durch tarifliche Lohnsteigerungen nicht mehr steigen. Das bedeutet, dass zukünftige Lohnsteigerungen durch Reduzierung des Personalbestandes aufgefangen werden sollen. Die Folge ist, dass längst nicht mehr jede freiwerdende Stelle neu besetzt werden kann, was sich wiederum auch auf den Service durch die Gemeinde wie z.B. den Bauhof bei der Pflege von Grünanlagen auswirken wird.

Die Ansprüche an die Gemeinde können zukünftig also nicht mehr in der gewohnten Weise erfüllt werden.

Das Programm „Leerstände und verfallene Häuser“, auch bekannt unter dem Namen „Abrissprämie“, soll ab dem nächsten Haushaltsjahr ebenso wie die gemeindlichen Zuschüsse für kleinere Denkmalpflege-Maßnahmen auf Eis gelegt werden.

Mehr als die Vermeidung des Ganges in die Haushaltssicherung ist jedoch in der aktuellen Lage nicht möglich.

Vom Land können wir ebenfalls keine Hilfe erwarten, ganz im Gegenteil. In den Genuss des Programms zur Unterstützung finanzschwacher Kommunen kommt man erst, wenn eine Überschuldung eingetreten ist bzw. diese unmittelbar bevorsteht.

Von diesem Punkt sind wir noch einige Jahre entfernt, der Weg dorthin ist aber ohne massive Änderungen in der Gemeindefinanzierung und ohne weitere eigene Anstrengungen klar vorgezeichnet.

Was dann durch die Verpflichtungen der Kommune auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen kann, erleben in diesem Jahr bereits die Einwohner im münsterländischen Selm. Dort wurden die Grundsteuern von 455 auf 825 Prozentpunkte fast verdoppelt, um wieder handlungsfähig zu werden. Auch den anderen Kommunen aus dem Hilfsprogramm des Landes stehen noch drastische Schritte bevor.

Wir als CDU-Fraktion möchten alles Mögliche tun, um den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Bestwig ähnliche extreme Belastungen zu ersparen.

Das geht aber nicht mit einem „Weiter so wie bisher“. Was dann passieren kann, sollte uns allen am Beispiel Selm, im großen Rahmen auch am Beispiel Griechenland klar sein.

Zur Stabilisierung „unserer eigenen“ Finanzkrise darf es keine Tabus mehr

geben:

Wie bereits im Dezember beschlossen, musste zumindest ein teilweiser Ausgleich der Mindereinnahmen durch die eben genannten Steuererhöhungen erbracht werden. Dieser Schritt war erforderlich, um uns die Chance zur Vermeidung der Haushaltssicherung zu erhalten. Das reicht aber mittelfristig bei weitem nicht aus, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Für mittelfristige Verbesserungen im Haushalt können wir bereits in diesem Jahr einige Weichen stellen:

Die Aufstellung des Bebauungsplans des Wohn- und Gewerbegebietes „Im Wiebusch“ ist wichtig, um der Firma Tital die Erweiterung der Betriebsfläche mit dem Bau einer neuen Halle zu ermöglichen. Dies muss schnellstmöglich erfolgen.

Das sichert Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen.

Wir stehen in diesem Jahr noch vor einer weiteren wichtigen Entscheidung, nämlich der Vergabe des Strom-Konzessionsvertrages und damit der möglichen Rekommunalisierung der Stromversorgung durch die HochsauerlandEnergie GmbH. Hiermit bietet sich die Chance, Wertschöpfung, Gewinne und Steuereinnahmen zurück in unsere Region und Gemeinde zu holen. Der bisher große Erfolg der HochsauerlandEnergie GmbH im Vertrieb für Strom und Gas zeigt die inzwischen große Akzeptanz unseres kommunalen Versorgers in der Bevölkerung.

Die Realisierung des Bungalowparks bei Andreasberg bleibt ein wichtiges Projekt für unsere Gemeinde und die gesamte Region.

Durch die Turbulenzen der letzten Tage mit der Verhaftung des inzwischen wohl ehemaligen Eigentümers von Fort Fun ist die Verwirklichung dieses Projekts wichtiger als je zuvor. Mit einem solchen Bungalowpark in unmittelbarer Nähe wäre Fort Fun für zukünftige Investoren deutlich attraktiver. In diesem Zusammenhang wünschen wir uns vom Runden Tisch der Bezirksregierung ein klares Votum für den Park, und zwar am geplanten Standort bei Andreasberg.

Wir haben heute mit Freude vernommen, dass Fort Fun selbst erst einmal unter der Führung des alten Eigentümers weitergeführt wird und die Arbeitsplätze damit erhalten bleiben.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wir haben es aufgrund der demografischen Entwicklung in den letzten Jahren und auch zukünftig mit massiv zurückgehenden Einwohnerzahlen zu tun. Das ist kein hausgemachtes Bestwiger Phänomen, sondern betrifft die allermeisten Kommunen in Deutschland.

Die Kosten unserer Infrastruktur wie Straßen, Schulen, Schwimmbäder, Kanäle, Wasserleitungen etc. müssen damit auf immer weniger Schultern verteilt werden.

Wenn wir nicht bereit sind, dieser Situation in unserem Handeln aktiv zu begegnen, werden wir als Kommunalpolitiker versagen.

Wir müssen daher genau überlegen, worauf wir in unserer Gemeinde verzichten können, damit die Belastungen für unsere Bürger nicht in Bereiche

steigen, die sich so mancher schlicht nicht mehr leisten kann.

Beispielsweise wurden in der Vergangenheit auch schon Grundschulen wie in Bestwig, Heringhausen oder Ostwig geschlossen.

Bereits im Jahr 2005 wurde, nach der technischen Grundsanierung der Schwimmhalle in Velmede, durch den Rat die Schließung des Lehrschwimmbeckens in Ramsbeck beschlossen. Diese Maßnahme war Bestandteil des damals aufzustellenden Haushaltssicherungskonzeptes. Nur durch die noch vorhandene Funktionstüchtigkeit wurde der weitere Betrieb zumindest im Sommerhalbjahr ermöglicht. Im energieintensiven Winterhalbjahr blieb das Bad jedoch bereits geschlossen. Eine weitere Investition in dieses Bad sollte nicht mehr erfolgen und es sollte bei Sanierungsbedarf dann endgültig geschlossen werden.

Die Finanzsituation unserer Gemeinde hat sich seither nicht verbessert, sondern zuletzt sogar massiv verschlechtert. Somit sehen wir keine Gründe, den Beschluss aus dem Jahr 2005 zu ändern, da der Bedarf an Schulschwimmen und Schwimmsport aus Ramsbeck problemlos auch weiter innerhalb unserer Gemeinde gedeckt werden kann. Somit sollen die Ausgaben für die Erneuerung der Wasseraufbereitung in Höhe von 65.000 € eingespart werden. Hierdurch werden neben Investitionskosten auch langfristig Betriebskosten, hauptsächlich Energiekosten, auf Dauer eingespart. Das hilft auch, CO₂-Emissionen einzusparen.

Wir möchten aber auch, wie in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bereits angedeutet, der Dorfgemeinschaft in Ramsbeck noch ein wenig Zeit geben.

- Zeit, die genutzt werden kann, sich Gedanken zu machen, ob aus ihrer Sicht doch noch ein weiterer Betrieb des Lehrschwimmbeckens gewünscht ist. Falls ja, erwarten wir dann allerdings ein schlüssiges und langfristig angelegtes Konzept, in dem mit Trägerschaft, Eigeninitiative und Eigenmitteln deutliche Senkungen bei Investitions- und vor allem Betriebskosten erreicht werden.

In diesem Fall, und auch nur in diesem, könnte der Rat aus Sicht der CDU-Fraktion im kommenden Jahr eine neue Entscheidung treffen.

Die Vorstellungen der SPD-Fraktion, ein 47 Jahre altes Lehrschwimmbecken mit privaten Trägern weiter zu betreiben, halten wir für realitätsfern. Zumindest wurde uns seit dem Beschluss zur Schließung vor 6 Jahren kein Interessent vorgestellt. Wenn Sie jedoch inzwischen einen Investor an der Hand haben, lassen Sie es uns bitte wissen.

Ich hatte vorhin über einschneidende Maßnahmen der Stadt Selm berichtet.

Unter diesem Eindruck wende ich mich wiederum an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion:

Als wir im Dezember nach Bekanntgabe der für Bestwig massiven Verschlechterungen im Gemeindefinanzierungsgesetz die Grundsteuern und Gewerbesteuern erhöht haben, mussten wir diese unpopuläre Maßnahme gegen Ihre Stimmen durchsetzen.

Ihre Begründung lautete: „Wir wollen unsere Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern und uns mit unseren Steuersätzen nicht an die Spitze der Kommunen im HSK setzen“.

Ich erinnere auch an den Beschluss zur Übergabe des Kindergartens Ramsbeck an die katholische KiTa GmbH, wodurch der Gemeinde auch langfristig Kosten und Aufwand in nicht unerheblichem Umfang erspart wird.

Auch diese Entscheidung musste die CDU gegen die Stimmen der SPD treffen. Ihre Argumentation war nicht sachlich, sondern rein politisch motiviert. Den Integrationsbemühungen in unserer Gemeinde haben Sie damit einen Bärendienst erwiesen.

Ich erinnere auch an die etwas weiter zurück liegende Gründung der Hochsauerlandwasser GmbH, gegen die Sie ebenfalls eine massive Kampagne gestartet haben. Rückblickend war es jedoch genau der richtige Schritt, um Gebührenstabilität zu erreichen.

Zurückblickend muss man feststellen, dass Sie mit Ihren Entscheidungen, meist begründet unter dem Deckmantel „Bürgerfreundlichkeit“, sehr oft danebengelegt haben.

Und ich wage die Prognose: Es wird auch Sie als SPD in Bestwig zukünftig nicht weiterbringen, sich bei wichtigen Entscheidungen den Erfordernissen der Zukunft zu verweigern.

Ihre „Wohlfühlpolitik“ haben viele Bürgerinnen und Bürger längst durchschaut.

Heute müssen wir feststellen: Mit der SPD Bestwig, insbesondere mit der Verweigerung notwendiger Steuererhöhungen, ohne gleichzeitig Alternativen aufzeigen zu können, würde die Gemeinde Bestwig jetzt sehenden Auges in den Nothaushalt gehen! Das kann nicht das Verständnis verantwortungsbewusster Kommunalpolitik sein. Zumindest nicht aus Sicht der CDU-Fraktion.

Wir als CDU Bestwig wollen jedenfalls nicht, dass unserer Kinder die finanziellen Folgen einer vermeintlich „bürgerfreundlichen“ Kommunalpolitik tragen müssen. Unsere nachfolgende Generation wird angesichts des demografischen Wandels bereits viel mehr Probleme zu bewältigen haben als wir heute. Wollen Sie unseren Kindern auch noch einen Riesenschuldenberg hinterlassen?

Weitere Anmerkungen zu Einzelpositionen des Haushaltes 2012 erspare ich mir, da abgesehen von der Investition im Schwimmbad Ramsbeck Einigkeit mit der SPD-Fraktion besteht.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion wieder bei Ihnen, Herr Bürgermeister und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Bestwig herzlich für ihre gute Arbeit und Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken.

Mein Dank gilt natürlich auch, trotz einiger sachlicher Differenzen, den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion. Die Zusammenarbeit war meist gut, Kompromisse wurden gesucht und manchmal auch gefunden, ein Großteil der Entscheidungen konnte dann schließlich auch gemeinsam getroffen werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen Mut bei den anstehenden Entscheidungen und dabei natürlich auch die notwendige

Portion Glück.

Sodann nimmt **Fraktionsvorsitzender Thomas Liedtke, SPD-Fraktion**, zur Haushaltssatzung und zu den Anlagen Stellung. Er hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Haushalt 2012 ist für die Gemeinde Bestwig eine höchst unerfreuliche Angelegenheit. Dieser Eindruck ist den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde schon im Vorfeld der heutigen Ratssitzung vermittelt worden. Damit meine ich die Anmerkungen um die Höhe der Schlüsselzuweisungen im Haupt- und Finanzausschuss vom 30.11.2011 sowie die Ausführungen unseres Bürgermeisters anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2012. Hinzu kommt das Wehklagen über die mangelhafte Finanzausstattung der Gemeinde Bestwig auf der eigenen Internetseite und der örtlichen Presse.

Natürlich ist es nicht angenehm, weniger Geld als erwartet zu bekommen, gehen die Gesamtzuweisungen doch in diesem Jahr um eben die sooft zitierten 922.000 Euro auf 2,22 Mio. Euro zurück. Es kann nur ein schwacher Trost sein, dass sich dieser Trend schon im vergangenen Jahr abgezeichnet hat. Damit meine ich die Klage vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster und das Rufen nach einer Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen. Und außerdem gab es da noch die Maßnahmen aus dem IFO-Gutachten, die es galt umzusetzen. Genaugenommen meine ich hier den Soziallastenansatz und die zu hohen Erwartungen aus dem Flächenansatz, die letzten Endes zur drastischen Verschlechterung der Finanzausstattung unserer Gemeinde führte. So etwas wird eben politisch ausgeschlachtet und Sie können mir glauben, dass die SPD-Fraktion auch nicht sehr glücklich über diese Entwicklung ist. Dennoch möchte ich Ihnen gewisse Zahlen nicht vorenthalten, die aus dem Zeitraum 2007 bis 2010 stammen und sich eben auf die gesamten Schlüsselzuweisungen beziehen, also auf die allgemeinen Zuweisungen, Investitionspauschale, Schul- und Sportpauschale. In dem genannten Zeitraum sind diese Mittel für Bestwig schon einmal um 1,45 Mio. Euro auf 1,97 Mio. Euro reduziert worden, meines Wissens aber ohne ein entsprechendes Gezeter. Die Beurteilung und Ursachen überlasse ich Ihnen, meine Damen und Herren, doch scheint hier die viel zitierte Steuerkraft der Gemeinde Bestwig und die jeweilige Landesregierung eine Rolle gespielt zu haben. An anderer Stelle habe ich schon einmal auf den direkten Vergleich der Jahre 2011 und 2012 in Eslohe hingewiesen.

Während die Schlüsselzuweisungen derzeit leider rückläufig sind, steigen dafür die

Transferaufwendungen wie z.B. die Kreisumlage mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit und Regelmäßigkeit, die schon sehr erschreckend ist. Auf über 30% der gesamten Ausgaben unseres Haushaltes oder rd. 6 Mio. Euro wird sie sich in diesem Jahr belaufen. Auf das Procedere haben wir uns mittlerweile ja eingestellt: Erst die Ankündigung einer deutlichen Erhöhung, dann Interventionen und

Bittbriefe, diese geringer ausfallen zu lassen und schlussendlich eine Reduzierung im minimalen Bereich. Eine wirkliche Entlastung und Planung unseres Gemeindehaushaltes lässt sich aber nur mit einer Kreisumlage erreichen, die auf einem bestimmten Niveau eingefroren wird. Hier sollten sich alle Kommunen im Hochsauerlandkreis einig sein und entsprechende Forderungen erheben.

Aufgrund der geschilderten Entwicklungen droht der Gemeinde Bestwig in 2012 die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, das durch Steuererhöhungen und ein zusätzliches Maßnahmenpaket verhindert werden soll. Durch die mit den Stimmen der CDU-Fraktion beschlossenen Steuererhöhungen (Grund- und Gewerbesteuer) werden Prozentsätze erreicht, die nahezu Spitzenwerte im Hochsauerlandkreis darstellen. Dabei ist es auch nur den verbesserten Zahlen (215.000 Euro) beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer geschuldet, die sich nach der Einbringung des Haushaltes 2012 ergeben haben, dass dieses Vorhaben, also der Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes, gelingt. Ob sich diese Hoffnung auch erfüllt, wird sich erst im Laufe des Jahres zeigen, wenn verlässliche Daten vorliegen.

Durch die Streichung von 65.000 Euro für die Wasseraufbereitungsanlage im Schwimmbad Ramsbeck sollen im Haushalt 2012 weitere Mittel eingespart werden. So interpretiert die SPD-Fraktion die Anmerkungen der CDU im Haupt- und Finanzausschuss. Hier sind aus unserer Sicht unklare Formulierungen gewählt worden, die einerseits den Verzicht für die Erneuerung der Anlage beinhalten, dann aber wieder den „schwarzen Peter“ an die Dorfgemeinschaft weitergeben. Die Schließung des Schwimmbades stand bei der CDU bereits 2005 auf der Agenda, als es schon einmal um die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes ging. Die Schließung sollte zum 01.01.2007 vorgenommen werden. Die Vorschläge aus der SPD-Fraktion, die Erhaltung des Bades durch mögliche Privatisierungen zu prüfen, ist in den vergangenen sieben Jahren überhaupt nicht weiterverfolgt worden. Nach eingehenden Beratungen unserer Fraktion, einer Besichtigung und die Einholung von weiteren Auskünften vorausgehend, spricht sich die SPD-Fraktion weiterhin für die Bereitstellung der Mittel und die Erhaltung des Lehrschwimbeckens in Ramsbeck aus.

Die im Haupt- und Finanzausschuss von der CDU-Fraktion vorgetragenen Gründe werden nicht geteilt. Die Erst- und Zweitklässler u.a. aus der Grundschule in Velmede sollen auch weiterhin die Möglichkeit haben, im Lehrschwimmbekken in Ramsbeck das Schwimmen zu lernen. Die zurückhaltende Einstellung der SPD-Fraktion hat sich als richtig erwiesen. So haben sich im Anschluss an die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses weitere wesentliche Aspekte ergeben, bei dieser Entscheidung klare Kante zu zeigen, wie z.B. der Wunsch des Schulleiters, das Schwimmbad für den Betrieb aufrecht zu erhalten. Eine aufrichtige und ehrliche Diskussion hat es aus einem anderen Grund nicht gegeben, denn hinter den Kulissen laufen doch schon Gespräche mit zwei Ratsmitgliedern aus den Reihen der CDU, die den Erhalt des Bades mit Hilfe eines Vereines anstreben. Unserer Auffassung nach sollte hier die SPD-Fraktion

ausgetrickst werden, indem wir unpopuläre Beschlüsse wie die Schließung des Schwimmbades mittragen sollten, während die „Rettung“ des Schwimmbades durch zwei Ratsmitglieder der CDU aus Ramsbeck eingeleitet wird.

Ich sage es ganz deutlich: Für die SPD-Fraktion ist eine Streichung dieses Haushaltsansatzes gleichbedeutend mit einer Ablehnung zum Haushalt 2012.

Im kürzlich veröffentlichten Beteiligungsbericht der Gemeinde Bestwig wird unter anderen die Freizeitpark Hochsauerland GmbH Gevelinghausen-Wasserfall aufgeführt. Die Gewinn- und Verlustrechnung dieser Gesellschaft weist seit einiger Zeit Fehlbeträge auf. Damit diese Beträge das Vermögen nicht gänzlich abschmelzen wird seitens der SPD-Fraktion die Liquidation der Gesellschaft empfohlen. Hier sind Gespräche mit den anderen Gesellschaftern aufzunehmen, damit das Ziel die Beendigung der Gesellschaft erreicht werden kann. Der Erlös soll zur Konsolidierung des Fehlbetrages im Ergebnisplan beitragen bzw. zum Abbau von Schulden verwandt werden.

Im Hinblick auf die zahlreichen Straßenbaumaßnahmen der Gemeinde Bestwig empfiehlt die SPD-Fraktion dem Bauamt, die Ausbauweisen mit dem jeweiligen Bedarf abzustimmen und sich auch alternativen Lösungen nicht zu verschließen. Unter Umständen können damit Kosteneinsparungen für die privaten und den öffentlichen Haushalt erreicht werden.

In meiner Haushaltsrede des Jahres 2011 habe ich eine Diskussion über ein zukunftsgerichtetes Schulangebot angeregt. Seitdem hat sich einiges verändert, die Gemeinschaftsschule ist parteiübergreifend durch die Sekundarschule ersetzt worden. Und es tut sich etwas in der Nachbarschaft. Diese Entwicklungen müssen wir im Blick behalten, auch wenn unsere Schulen derzeit noch auf Kurs sind. Hier denkt die SPD-Fraktion nicht nur an die Schülerzahlen, sondern auch an ein innovatives Schulangebot.

Die SPD-Fraktion regte bereits in 2009 an, einen weiteren Schulsozialarbeiter einzusetzen. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Einstellung von zwei teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen für die kommunale Schulsozialarbeit. Diese Personen sind im Rahmen eines Projektes aus dem Bildungs- und Teilhabepakets für Bestwig und Olsberg tätig.

Im Rahmen unserer Haushaltsberatungen wurde von einigen Mitgliedern unserer Fraktion der Wunsch geäußert, dass Auftragsvergaben nur an Firmen erfolgen, die auch den Mindestlohn zahlen. Diese Anregung möge die Verwaltung bitte aufgreifen und gelegentlich darüber informieren.

Bei der heutigen Abstimmung geht es um die Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2012. Gemäß den Beschlüssen aus dem Betriebsausschuss vom 29.11.2011 und der Ratssitzung vom 14.12.2011 hat die SPD-Fraktion dem Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Gemeinde Bestwig nicht zugestimmt.

Somit wird auch am heutigen Tag die Zustimmung versagt. Aus Sicht der SPD-Fraktion hätte der Überschuss aus dem Wirtschaftsjahr 2010 in Höhe von rd. 198.000 Euro an die Gebührenzahler zurückfließen müssen. Stattdessen hat die Werkleitung die kalkulatorischen Kosten nicht nachvollziehbar und drastisch erhöht, um mit diesem bilanziellen Trick den Überschuss aus 2010 nicht ausgleichen zu müssen. Weiter entstehen im Wirtschaftsjahr 2012 durch die erstmalige Verzinsung des Eigenkapitals zusätzliche Kosten von ca. 360.000 Euro. Durch die Umstellung der Abschreibungsform von Anschaffungs- und Herstellungskosten auf Wiederbeschaffungszeitwerte entstehen nochmal höhere Abschreibungen von 280.000 Euro. Damit wird es aus Sicht der SPD-Fraktion zu dramatischen Gebührenerhöhungen spätestens ab dem Jahr 2014 (evtl. auch schon 2013) kommen, weil 640.000 Euro zusätzlich auf die Gebühren umgelegt werden müssen. Die SPD-Fraktion befürchtet, dass die Verzinsung des Eigenkapitals als Argument benutzt werden kann, um damit eine Dividende auszuschütten, die den defizitären Haushalt der Gemeinde Bestwig ausgleichen soll.

Bedanken möchte ich mich - auch im Namen der Mitglieder der SPD-Fraktion – bei Bürgermeister Ralf Péus und bei Klaus Kohlmann, dem Kämmerer der Gemeinde Bestwig.

Vielen Dank aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier im Rathaus für die geleistete Arbeit.

Natürlich auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion hier im Rat der Gemeinde Bestwig, ein aufrichtiges Dankeschön für die Zusammenarbeit.

Vor Beginn der Debatte gibt **Bürgermeister Ralf Péus** zunächst einige Anmerkungen zu angesprochenen Punkten in der Haushaltsrede von Herrn Liedtke. Die Beteiligung an der Freizeitpark Hochsauerland GmbH betreffend laufen hier bereits seit längerer Zeit Bemühungen, die Grundstücke zu vermarkten. Dieses ist bis dato noch nicht geglückt. Ein nächstes Gespräch ist für Februar 2012 vorgesehen.

Weiterhin handelt es sich bei den interkommunal eingestellten Schulsozialarbeiterinnen nicht um Personen der klassischen Schulsozialarbeit. Die Mitarbeiterinnen sind befristet auf zwei Jahre eingestellt und sollen ausschließlich die Informationen über das Bildungs- und Teilhabepaket sowie Antragsstellungen an die zum Bezug berechtigten Schüler/innen weitergeben bzw. unterstützen.

Ratsmitglied Martin Bracht stellt zu Beginn der eigentlichen Debatte noch einmal deutlich die Ausgangslage zum Haushaltsentwurf 2012 dar – nämlich die aufgrund von Veränderungen der Berechnungsgrundlagen im Gemeindefinanzierungsgesetz um 1 Mio. € geringeren Schlüsselzuweisungen. An dieser veränderten Ausgangslage wird sich auch in den kommenden Jahren nichts ändern. Somit besteht aus Sicht der CDU-Fraktion Handlungsnotwendigkeit. Es darf sich hierbei nicht darauf verlassen werden,

dass es Schwankungen – zum Negativen wie Positiven – aufgrund der zu berücksichtigenden Steuerkraft geben kann. Hierin liegen die Gründe für die mit der Mehrheit der CDU-Fraktion am 14.12.2011 beschlossene Steuererhöhung. Nur hierdurch war es überhaupt möglich, in Verbindung mit weiteren Sparmaßnahmen eine Verringerung der Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage von 5 % in zwei aufeinander folgenden Jahren der Finanzplanung zu umgehen, welche ansonsten die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes und damit für die Gemeinde Bestwig den Nothaushalt bedeutet hätte.

Dieses ist nach Meinung von Herrn Bracht die Ausgangslage. Ein Verweis auf mögliche Anhebungen der Kreisumlage oder evtl. der Landschaftsverbandsumlage und die damit weitergereichten Kosten auf die Kommunen spielen hier keine Rolle.

Herr Bracht führt weiter aus, dass es nach Einbringung des Haushaltsentwurfs am 14.12.2011 sowie Vorstellung des Entwurfs in einer gemeinsamen Fraktionssitzung am 13.01.2012, in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.01.2012 seitens der SPD-Fraktion keine Aussage zum Haushaltsentwurf 2012 (Veränderungs- und Einsparvorschläge) gegeben habe. Die SPD-Fraktion hätte noch Gesprächsbedarf – Einsparvorschläge sind nicht zu erkennen. Ein solches Verhalten in der Beratungssitzung des Haushalts sei ihm – so Ratsmitglied Martin Bracht – in seiner Zugehörigkeit zum Rat der Gemeinde Bestwig nicht in Erinnerung. Herr Bracht stellt weiter fest, dass ein solches Verhalten nicht akzeptabel ist und zeigt, dass die SPD-Fraktion nicht in der Lage ist, Verantwortung zu tragen.

Der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Thomas Liedtke**, erwidert, dass zur Einbringung des Haushaltsentwurfs die diesem zugrunde gelegenen Datenquellen noch nicht gesichert waren.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Winfried Gerold**, führt aus, dass die Diskussion zeigt, dass die SPD-Fraktion zur Übernahme von Verantwortung nicht bereit ist, sondern lediglich Forderungen aufstellt. Weiterhin wird kein Konzept vorgelegt.

Der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Thomas Liedtke**, erwidert, dass die SPD-Fraktion in der Vergangenheit wie oft die Reduzierung von Personalkosten (z.B. Wiederbesetzungssperre, Beförderungsstopp) gefordert habe. Nunmehr würden diese im Maßnahmenkatalog aufgenommen.

Ratsmitglied Manfred Ramspott zeigt sich im Rückblick auf die Haupt- und Finanzausschusssitzung am 18.01.2012 erschüttert über das Verhalten der SPD-Fraktion. Auf der Tagesordnung hat die Beratung des Haushalts gestanden – allerdings hat eine Beratung seitens der SPD nicht stattgefunden. Es kamen keine Einspar- oder Veränderungsvorschläge; weiterhin wurde auf Vorschläge der CDU-Fraktion nicht eingegangen. Solch eine Sitzung hätte er noch nicht erlebt.

Ratsmitglied Martin Bracht führt aus, dass aufgrund Mehrheitsentscheidung der CDU-Fraktion die Grund- und Gewerbesteuern ab 2012 erhöht wurden. Die SPD-Fraktion hat diesen Vorschlag abgelehnt. Herr Bracht

weist darauf hin, dass, wenn man etwas nicht will, Alternativvorschläge aufzuzeigen sind. Dieses ist allerdings durch die SPD-Fraktion nicht erfolgt. Auch wenn zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2012 noch keine konkretisierten Zahlen vorgelegen haben – heute liegen sie vor.

Ratsmitglied Mechthild Heiken weist darauf hin, dass es sich bei den im Haushaltsentwurf 2012 veranschlagten 65.000 € für die Sanierung der Wasseraufbereitungsanlage im Schwimmbad Ramsbeck lediglich um eine Kostenschätzung und nicht um einen Kostenvoranschlag handeln würde. Frau Heiken zeigt sich zudem überrascht, dass bereits in einer Einladung des Ortsvorstehers von Ramsbeck für eine Einwohnerversammlung über die Gründung eines Vereins zur Erhaltung des Schwimmbads in Ramsbeck gesprochen werden sollte. Es zwingt sich hier der Eindruck auf, dass bereits vor Einbringung des Haushaltsentwurfs der Sachverhalt einer möglichen Schließung des Schwimmbads den CDU-Ratsmitgliedern aus Ramsbeck bekannt war.

Bürgermeister Ralf Péus weist darauf hin, dass der durch das Bauamt der Gemeinde Bestwig ausgewiesenen Kostenschätzung für die Sanierungsmaßnahme ein Kostenvoranschlag für die Materialkosten zugrunde liegt. Weiterhin führt Herr Péus aus, dass mit einer Entscheidung für die Maßnahme eine weitreichende zukunftsweisende Entscheidung auf eine dauerhafte Öffnung des Bades erfolgen würde, welche neben zukünftigen Investitionen ebenfalls weitergehende Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten nach sich ziehen wird.

Ratsmitglied Roland Schulte zeigt sich erstaunt über die Äußerungen von Ratsmitglied Mechthild Heiken. Nachdem die vorgesehene Maßnahme durch Einbringung des Haushalts bekannt wurde hätte man sich Gedanken gemacht und diese weiter verfolgt. Der Ramsbecker Bevölkerung würde nach dem Vorschlag der CDU-Fraktion die Gelegenheit gegeben, Möglichkeiten für den Erhalt des Schwimmbades zu finden, sofern gewünscht. Es ist nach Meinung von Herrn Schulte nunmehr an der Zeit, die Dorfgemeinschaft zu informieren, Alternativen zu finden und kurzfristig eine Entscheidung herbeizuführen.

Bürgermeister Ralf Péus bestätigt, dass die geplante Sanierung der Wasseraufbereitungsanlage erstmals in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts 2012 am 14.12.2011 erwähnt wurde. Er führt weiter aus, dass nunmehr in Ramsbeck geschaut werden muss, was man tun kann, um Betriebs- und Investitionskosten zu senken. Ein Abriss des Gebäudes steht aufgrund anderweitiger Nutzungen nicht zur Diskussion. Zum jetzigen Zeitpunkt bedeutet eine Entscheidung zur Streichung der bislang veranschlagten 65.000 € für die Sanierungsmaßnahme nicht das Ende des Schwimmbades in Ramsbeck. Letztendlich besteht in dieser Frage doch Einigkeit zwischen den Fraktionen.

Ratsmitglied Josef-Clemens Voß schlägt für eine Beschlussfassung eine Einzelabstimmung zum Haushaltsansatz „Sanierung Wasseraufbereitungsanlage Schwimmbad Ramsbeck“ vor.

Der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Thomas**

Liedtke, teilt mit, dass die SPD-Fraktion, sollte die CDU-Fraktion auf die Streichung der Sanierungsmaßnahme der Wasseraufbereitungsanlage Schwimmbad Ramsbeck bestehen, der Haushaltssatzung nicht zustimmen wird. Weiterhin weist Herr Liedtke darauf hin, dass die SPD-Fraktion dem Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes 2012 als Anlage zur Haushaltssatzung 2012 nicht zustimmen wird, wo den Gebührenpflichtigen Rückerstattungen durch mögliche Gebührensenkungen vorenthalten und mit kalkulatorischen Kosten verrechnet werden sowie eine Abschreibung nach dem Wiederbeschaffungszeitwert erfolgen soll.

Bürgermeister Ralf Péus weist darauf hin, dass die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2012 des Abwasserwerkes der Gemeinde Bestwig bereits in der Ratssitzung am 14.12.2011 erfolgt ist und hier nicht zur Debatte steht.

Sodann ergeht folgender Beschluss:

1. **Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Haushaltssatzung 2012 mit ihren Anlagen:**
 - **Haushaltsplan**
 - **Wirtschaftsplan der Bergbaumuseum Ramsbeck GmbH für das Wirtschaftsjahr 2012**
 - **Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Gemeinde Bestwig für das Wirtschaftsjahr 2012**
 - **Wirtschaftsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2012**

unter Berücksichtigung der 1. und 2. Veränderungsliste vom 05.01. bzw. 17.01.2012 (Anlagen zur Verw.-Vorlage Nr. 006/2012 und Tischvorlage Nr. 009/2012) sowie der 3. Veränderungsliste vom 26.01.2012 (Tischvorlage Nr. 011/2012).

Beschluss: 17 Ja-Stimmen 9 Nein-Stimmen

2. **Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt, dass der Gemeindeentwicklungsausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen mögliche Veränderungen (zeitliche Verschiebungen) der Investitionsmaßnahmen - Straßenbau- und Wegemaßnahmen – beraten und beschließen soll.**

Bis zu einer Entscheidung durch den Gemeindeentwicklungsausschuss dürfen nur Maßnahmen durch die Verwaltung umgesetzt werden, für die bereits Anwohnerversammlungen stattgefunden haben. Darüber hinaus dürfen alle Maßnahmen im Bereich des Wohn- und Gewerbegebietes Wiebusch umgesetzt werden, die zur Erschließung der Fa. Tital (Neubau) erforderlich sind.

Beschluss: einstimmig

Die Richtigkeit des Auszuges wird hiermit beglaubigt. Gleichzeitig wird bescheinigt, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung vorschriftsmäßig eingeladen worden ist.

Bestwig, den 08.02.2012

(Siegel)

Der Bürgermeister
Im Auftrag: